

Speaking Note von Jacqueline Fehr, Nationalrätin SP,  
Präsidentin Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik NAS-CPD

### **Ja zu einer Drogenpolitik, die funktioniert**

*Am 30. November 2008 wird mit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes dem Volk eine Vorlage zur Abstimmung präsentiert, die überfällig ist. Was sich in der Praxis längstens bewährt hat, wird nun endlich auf Bundesebene gesetzlich verankert: Das Vier-Säulen-Prinzip mit Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression wird festgeschrieben, der Kinder- und Jugendschutz gestärkt und die Zuständigkeiten geregelt. Angesichts der Ideologisierungsfahr drogenpolitischer Debatten wollen die der Nationalen Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik angeschlossenen Organisationen (siehe [www.nas-cpd.ch](http://www.nas-cpd.ch)) mit einem engagierten Abstimmungskampf Bewährtes sichern.*

Wir erinnern uns an die Bilder vom Platzspitz, vom Letten und vom Kocherpark. Wir erinnern uns an die heftigen Debatten zwischen jenen, die den Drogenkonsum aus der Welt politisieren wollten und jenen, die die Lösung in einer völligen Freigabe aller Suchtmittel sahen. Je mehr die Politik in dieser ideologischen Debatte gefangen war, desto höher rückte die Drogenpolitik im Sorgenbarometer der Bevölkerung. In den späten 80er Jahren gaben 70 Prozent der Bevölkerung an, dass «Drogen» eines der fünf grössten Probleme der Schweiz seien. Heute – zwanzig Jahre später – taucht das Stichwort Drogen im Sorgenbarometer nur noch unter fernem Liefen auf. Wie sind wir zu dieser Politik gekommen? Zu einer Politik, die funktioniert?

Die Antwort ist ziemlich banal: Zur Bewältigung komplexer gesellschaftlicher Themen braucht es nicht Ideologie, sondern eine *Werkzeugkiste*. Und genau eine solche ist das revidierte Betäubungsmittelgesetz. Es führt mit den vier Säulen zusammen, was zusammen funktionieren muss und stellt deren Leuten an der Front taugliche Werkzeuge zur Verfügung. Diese Werkzeugkiste wurde in den letzten zwei Jahrzehnten Schritt für Schritt bestückt. Zu ihr gehören die Zusammenarbeit zwischen präventiven, kurativen und repressiven Kräften. Zu ihr gehören die verschiedenen Therapieangebote, darunter auch die Substitutionstherapien. Zu ihr gehören die Überlebenshilfen wie die Spritzenabgabe. Zu ihr gehören aber auch die Präventionsangebote wie die Suchtberatungsstellen. Einige dieser Werkzeuge sind der Politik nur auf Probe zum Gebrauch überlassen. So ist die medizinisch kontrollierte Heroinabgabe als Versuch bis 2009 befristet. Mit dem Betäubungsmittelgesetz will die Politik die Werkzeugkiste definitiv erwerben und damit sichern, was sich bewährt hat.

Offene Drogenszenen mit all ihren Begleiterscheinungen von Drogenprostitution, Verwahrlosung und vielen hundert Toten pro Jahr waren nicht nur das Sichtbarwerden menschlicher Dramen. Sie waren auch eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Entreisssdiebstähle, Beschaffungskriminalität, Spritzen auf Kinderspielplätzen, Verslumung ganzer Stadtteile

# JA ZUM BETÄUBUNGSMITTELGESETZ

**ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2008**

machten Angst. Vielen Menschen wurde damals ein Teil des öffentlichen Lebensraums weggenommen. Die Drogenpolitik, die am 30. November im revidierten Betäubungsmittelgesetz definitiv verankert werden soll, hat den Menschen diesen Raum zurückgegeben und gleichzeitig eine Politik der Würde gegenüber den Drogenkranken durchgesetzt. Es ist eine ehrliche Politik. Niemand verspricht, dass die Probleme des Suchtmittelkonsums aus der Welt geschafft werden könnten. Niemand verspricht, dass alle Abhängigen den Weg aus ihrer Sucht finden. Die Organisationen der Nationalen Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik empfehlen am 30. November nicht ein Ja zu einer Drogenpolitik, die verspricht. Sie sagen Ja zu einer Drogenpolitik, die funktioniert.

**Kontakt:** [mail@jfehr.ch](mailto:mail@jfehr.ch)

Speaking Note von Dr. Marcel Guignard, Präsident Schweizerischer Städteverband,  
Stadtpräsident Aarau

### **Sichere Städte statt offenen Drogenszenen**

Die Städte sind Brennpunkte von Leben und Kultur. Die Städte sind auch sensible Antennen für gesellschaftliche Entwicklungen – auch für solche problematischer Natur. In Städten manifestieren sich ungünstige soziale Entwicklungen oft am schnellsten und am intensivsten. Ein besonders augenfälliges Beispiel dafür ist die Drogenproblematik. Drogenpolitik ist immer auch Stadtpolitik. Deshalb ist es folgerichtig, dass sich der Städteverband für die sinnvolle Revision des Betäubungsmittelgesetzes engagiert.

Ein Blick zurück: Wer erinnert sich nicht an die Bilder von Elend, Leid und Dreck der offenen Drogenszenen, welche sich in den 80er und 90er-Jahren in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt haben? Hauptbetroffene waren damals die grossen Städte – allen voran Zürich. Aber auch Bern, Basel, Lausanne und Genf sowie mittlere und kleinere Städte wie Winterthur, St. Gallen, Schaffhausen, Luzern, Chur oder Olten sahen sich ganz neuen Herausforderungen gegenüber. Aus dieser Not heraus entwickelten die Städte in den 90er-Jahren neue Konzepte zum Umgang mit den Drogenproblemen. Einfache Patentrezepte und ein Nulltoleranzregime konnten die Probleme nicht lösen, so die aus der Erfahrung gewachsene Überzeugung.

Das damals entwickelte Konzept besteht aus vier Säulen: Die Repression ist ein ganz wichtiger Pfeiler. Aber es braucht einen klugen Mix aus Repression und Hilfe. Deshalb verbindet das Vier-Säulen-Konzept die Repression mit Massnahmen in den Bereichen Prävention, Schadensminderung und Therapie. Damit ist ein doppelter Effekt verbunden: Erstens wird die Sicherheit im öffentlichen Raum klar gestärkt. Zweitens wird die Gesundheit der abhängigen Menschen verbessert. Für die Behandlung der häufig komplexen und unterschiedlichen Krankheitsbilder steht eine breite Palette an Instrumenten von der abstinenten Therapie bis zur Heroin- oder Methadonsubstitution zur Verfügung. Fazit: Das Vier-Säulen-Konzept schafft eine geschickte Balance zwischen den Interessen der Bevölkerung und der Betroffenen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Vier-Säulen-Politik funktioniert. Sie kann die Drogenprobleme nicht einfach wegradieren, wie wir das alle in einem Anflug von kindlicher Fantasie vielleicht wünschen würden. Aber sie ist ein hervorragendes Instrument, um die Situation pragmatisch und zugleich konsequent unter Kontrolle zu halten. Die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes sichert diese Politik und ihr vielfältig bewährtes Instrumentarium gesetzlich ab.

In den 90er-Jahren stand das Drogenproblem weit oben im Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung. Das ist heute ganz anders – weil die Vier-Säulen-Politik das Problem so in den Griff bekam, dass es teilweise gelöst, teilweise zumindest nicht mehr sichtbar ist. Zu diesen

# JA ZUM BETÄUBUNGSMITTELGESETZ

**ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2008**

Errungenschaften der Schweizer Drogenpolitik gilt es Sorge zu tragen – mit einem Ja zur vorliegenden Gesetzesrevision. Für die Städte in diesem Land – Lebensraum von mehr als zwei Dritteln der Schweizer Bevölkerung – ist die vorliegende Revision des Betäubungsmittelgesetzes von grosser Bedeutung. Wir wollen nicht in die Zeiten der offenen Drogenszenen zurück. Nein, wir wollen die bewährte Drogenpolitik weiterführen und dafür braucht es ein Ja am 30. November!

Ich danke Ihnen.

**Kontakt:** Dr. Marcel Guignard, Präsident Städteverband, Stadtpräsident Aarau: 079 214 94 53

Speaking Note von Rudolf Hug, Vorstand VEVD AJ,  
Verband der Eltern- und Angehörigenvereinigungen Drogenabhängiger

### **Für eine würdige ärztliche und soziale Betreuung**

Der VEVD AJ ist der Dachverband der Eltern und Angehörigenvereinigungen der Deutschschweiz und des Tessins. Im politisch und konfessionell neutralen VEVD AJ sind 16 lokale Selbsthilfeorganisationen mit insgesamt rund 600 Mitgliedern zusammengeschlossen. Im VEVD AJ setzen wir uns dafür ein, dass Menschen mit illegalem Drogenkonsum nicht kriminalisiert, sondern, wie andere Menschen mit suchtbedingten Störungen, ärztlich und sozial betreut werden. Wir vertreten die Rechte und Interessen von betroffenen Eltern und Angehörigen sowie der Drogenabhängigen in der Öffentlichkeit und bei den Behörden auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene.

Der VEVD AJ unterstützt die Vier-Säulen-Drogenpolitik des Bundes. Unsere Vereinigung leistet vielfältige Beiträge zur Prävention. Schadensminderung/Überlebenshilfe und Therapie stehen für uns jedoch im Vordergrund. Wir setzen uns ein für die Beibehaltung und den Ausbau niederschwelliger Angebote wie die Spritzenabgabe, die Einrichtung von Kontakt- und Anlauf- sowie von Beratungsstellen. Wir fordern ein breites Angebot an Therapien. Wir wollen die Möglichkeit abstinenzorientierter Therapien nicht missen, stellen jedoch fest, dass deren Zielsetzung nicht für alle Abhängigen geeignet ist.

Wir stehen voll hinter den Substitutionsprogrammen mit Methadon und ähnlichen Substanzen und unterstützen die Möglichkeit der heroingestützten Behandlung. Diese Angebote haben zu einer bedeutenden Verbesserung des Gesundheitszustandes der Drogenabhängigen beigetragen. Und die mit einer Sucht früher zwangsweise einhergehende Verelendung ist erheblich zurückgegangen. Dank diesen Behandlungsansätzen können viele Abhängige ihren Arbeitsplatz behalten. Für andere Betroffene ist durch diese Programme eine soziale Reintegration möglich geworden.

Das Betäubungsmittelgesetz verankert gesetzlich die Vier-Säulen-Politik. Die Wichtigkeit der Schadensminderung und der Therapie wird unterstrichen. Die Möglichkeit von Substitutionsprogrammen sowie der heroingestützten Behandlung wird bestätigt. Dem Bund werden Kompetenzen zugewiesen, um schweizweit diese Angebote auf einem hohen Niveau sicherzustellen. Daher stimmen wir der Revision des Betäubungsmittelgesetzes mit einem bestimmten und klaren JA zu.

**Kontakt:** [rudolf.hug@vevdaj.ch](mailto:rudolf.hug@vevdaj.ch)

Speaking Note von Fabienne Hutin, Vertreterin der Westschweizer Elternorganisationen

### **Als betroffene Mutter stimme ich Ja am 30. November**

*Seit 18 Jahren bewährt sich die Vier-Säulen-Politik. Sie ist eine seriöse Antwort auf ein komplexes Problem – und lässt die Betroffenen nicht im Stich.*

Sucht ist eine Krankheit, die sich durch keinen chirurgischen Eingriff entfernen lässt. Sucht ist schwierig vorzubeugen und komplex zu heilen. Die psychischen Ursachen zu identifizieren und zu behandeln, ist eine langwierige Aufgabe.

*Prävention.* Die Antwort auf diese Problematik ist zuvorderst eine Präventionspolitik, die Risikogruppen und deren Bezugspersonen – vor allem auch die Lehrpersonen – differenziert informiert.

*Behandlung.* Behandeln heisst, den besten Weg zu suchen, um einem Betroffenen zu helfen. Darum kann eine strikt und dogmatisch auf Abstinenz ausgerichtete Therapie nur scheitern. Es braucht vielmehr ein differenziertes Angebot mit dem Ziel der Reintegration.

*Repression.* Der Drogenhandel muss strafrechtlich verfolgt werden, nicht die Drogenkranke. Geeignete Einrichtungen für Süchtige entlasten die Polizei und erlauben ihr, sich auf die Verfolgung des Drogenhandels zu konzentrieren.

*Überlebenshilfe.* Aus Public Health-Sicht verhindern wir hohe Behandlungskosten, wenn wir verhindern können, dass sich Drogenkranke mit HIV oder Hepatitis C infizieren. Die kontrollierte Heroinabgabe unter guten hygienischen Bedingungen erlaubt die Verbesserung des Gesundheitszustands einer angeschlagenen Bevölkerungsgruppe.

**Kontakt:** [fabienne.hutin@bluewin.ch](mailto:fabienne.hutin@bluewin.ch)

Speaking Note von Esther Maurer, Polizeivorsteherin der Stadt Zürich,  
Präsidentin Nationaler Drogenausschuss NDA

### **Nie mehr Bilder wie am Platzspitz oder Letten**

Hans H. arbeitet seit mehr als 30 Jahren bei der Stadtpolizei Zürich. Er ist kräftig, selbstsicher, entscheidungsfreudig – und er hat die Situation am Platzspitz und am Letten Tag für Tag aus nächster Nähe erlebt, hat dort mit seinen Kolleginnen und Kollegen Kontrollen und Razzien durchgeführt, hat das tägliche Elend, den Dreck, die Verwahrlosung der Abhängigen genauso wahrgenommen wie den täglichen Frust seiner Kollegen über ihre aussichts- und wirkungslose Arbeit. «Die Situation am Letten war etwas vom schlimmsten, was ich im Beruf je erlebt habe!» lautet sein Fazit heute.

Ein paar wenige Bilder – es sind noch lange nicht die Schlimmsten in unserem Archiv – illustrieren die Aussage von Hans H. und vieler seiner Kollegen, die damals ebenfalls in der offenen Drogenszene im belastenden Einsatz standen.

Die Schliessung des Letten im Jahr 1995 war – im Gegensatz zur überhasteten Platzspitzschliessung – gut vorbereitet: Das Vier-Säulen-Modell (Prävention, Repression, Schadensminderung, Therapie) war damals nicht ein theoretischer Denkansatz, sondern der ganz konkrete umgesetzte Schlüssel zum Erfolg. Und auch wenn die Stadt dadurch nicht drogenfrei geworden ist und auch nie drogenfrei sein wird (genauso wenig wie die Gesellschaft als Ganzes), so ist die Zürcher Drogenpolitik tatsächlich eine Erfolgsgeschichte: Der offene Drogenkonsum und damit verbunden das menschliche Elend, Verwahrlosung und Selbsterniedrigung sind weitgehend aus dem Strassenbild verschwunden. Die Bevölkerung hat zurückgefunden zu Lebensqualität und bewegt sich wiederum im gesamten öffentlichen Raum, ohne sich fürchten zu müssen vor Beschaffungskriminalität und vor Bildern des Grauens, die kaum zu verarbeiten sind, insbesondere nicht für Kinder. Der Stress der Abhängigen hat sich verringert, die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Diensten der Stadt Zürich ist eingespielt und wirkungsvoll, und die Arbeit der Polizei hat einen neuen Stellenwert erhalten.

Das Drogenproblem lässt sich nicht einfach lösen und die Situation in einer grösseren Stadt bleibt wohl immer labil und fordert äusserst viel Aufmerksamkeit und absorbiert enorme personelle Ressourcen. Doch der Einsatz lohnt sich: Das Zusammenleben ist im Quartier wieder angstfrei möglich und viele Leute haben inzwischen bereits vergessen, wie es damals in gewissen Stadtkreisen ausgesehen hat. Wenn wir vermeiden wollen, dass es je wieder zu solchen Bildern kommt, dann braucht es ein klares «Ja» der Bevölkerung zum revidierten Betäubungsmittelgesetz. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

**Kontakt:** [esther.maurer@zuerich.ch](mailto:esther.maurer@zuerich.ch)

Speaking Note von Dr. med. Christine Romann, Zentralvorstand FMH, Verantwortliche Ressort Gesundheitsförderung und Prävention, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie

### Ohne Überlebenshilfe keine Abstinenz

*Süchtige Menschen sind Kranke, nicht Kriminelle. Die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes verankert eine über 15 Jahre bewährte Praxis, die dieser Tatsache Rechnung trägt.*

Süchtige Menschen sind Kranke, aber ihr Kranksein erschöpft sich nicht in der Sucht. In den 80er- und 90er-Jahren sahen wir auf der Strasse Bilder wie nie zuvor im modernen Europa: Menschen mit einem Kaposi-Sarkom, einem schwärenden, in kleinen Knötchen wuchernden Hautkrebs zum Beispiel. Menschen, die sowohl süchtig, dem Kräfte raubenden Leben auf der Strasse ausgesetzt, als auch mit HIV infiziert waren, erkrankten an Tuberkulose, einer längst besiegt geglaubten Infektionskrankheit. Eiternde Abszesse waren der sichtbare Ausdruck unsauberer Spritzen, Leberentzündungen die noch schwer wiegendere, aber unsichtbare Folge.

Dies änderte sich, als sich unter dem Eindruck des allgegenwärtigen Elends allmählich die Einsicht durchsetzte, dass Menschen auch dann ein Anrecht auf medizinische und soziale Unterstützung haben, wenn sie ihren illegalen Drogenkonsum nicht aufgeben können. Von den 4 Säulen der Schweizer Drogenpolitik bestehen 3 zumindest teilweise aus medizinischen resp. psychologischen Massnahmen: die Prävention, die Therapie und die Schadensminderung.

Die *Prävention*, welche nach wie vor Sache der Kantone ist, versucht die Erkrankung (das heisst die Sucht), von vornherein zu verhindern. Wo dies nicht gelingt, umfasst die Prävention die frühzeitige Erkennung der Schäden und die Zuführung der Betroffenen zu einer geeigneten Behandlung. Da das Einstiegsalter für Drogenkonsum (auch legaler) immer tiefer wird, muss zum Schutz der Kinder auch das Umfeld gezielt angegangen werden.

In der *Therapie* können wir auf eine langjährige Erfahrung zurückgreifen. Das Therapieangebot hat sich breit entwickeln können. Das Angebot umfasst 1'300 stationäre Plätze, über 20'000 Süchtige werden ambulant behandelt. 17'5000 Süchtige erhalten eine Methadonsubstitution. Nachdem heute klar erwiesen ist, dass eine Subgruppe von Süchtigen von einer Methadonsubstitution nicht profitieren kann, setzte sich die Erkenntnis durch, dass es auch die Möglichkeit einer Heroinsubstitution braucht. Mit der Revision erhält auch die Behandlung von heute rund 1'300 davon betroffenen Menschen eine stabile gesetzliche Grundlage. Weil Therapie von suchtkranken Menschen eine anspruchsvolle Aufgabe ist, verankert das Gesetz die nationale Koordination und Unterstützung des Bundes bei der Aus- / Weiter- und Fortbildung der Fachpersonen und leistet damit einen Beitrag zu einer hoch stehenden Qualität des Therapieangebotes.

Die *Schadensminderung* beinhaltet einen breiten Fächer von Massnahmen und Angeboten. Alleine die leicht erhältlichen sauberen Einwegspritzen und das damals heiss diskutierte

# JA ZUM BETÄUBUNGSMITTELGESETZ

**ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2008**

Angebot der sogenannten «Fixer-Stübli» haben die HIV-Neuinfektionsrate positiv beeinflussen können: Die drogenbedingte HIV-Ansteckung sank von 421 im Jahr 1993 auf 114 im Jahr 2003. 210 Einrichtungen in 20 Kantonen bieten niederschwellige medizinische und soziale Betreuung an, die den Süchtigen helfen, ihre Lebenssituation zu stabilisieren. Dahinter steht die Einsicht, dass wer mit Überleben voll ausgelastet ist, keine Kapazität hat für die nötige Selbstkonfrontation, die eine sinnvolle Entwicklung – und damit auch die Abstinenz – erst möglich macht.

Man kann sagen: Je kränker eine Person ist, desto mehr muss sie zunächst einfach gestützt werden. Erst ein Mensch, dessen existentielle Grundlagen gesichert sind, kann sich entwickeln, kann Verantwortung übernehmen für sein Leben und für seine Gesundheit. Menschen mit einer Suchterkrankung brauchen massgeschneiderte Hilfe. Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes gibt diesen erprobten Hilfen nun endlich die notwendige gesetzliche Verankerung. Aus medizinischer Sicht können wir deshalb mit absoluter Überzeugung für ein Ja zum neuen Betäubungsmittelgesetz eintreten.

**Kontakt:** [christine.romann@bluewin.ch](mailto:christine.romann@bluewin.ch)

Speaking Note von Jean-Félix Savary, Generalsekretär GREA

### **Geschlossenheit bei den Suchtfachleuten**

Die Schweizer Suchtfachleute und -institutionen engagieren sich aktiv und geschlossen für die Betäubungsmittelgesetz-Revision, über die am 30. November abgestimmt wird. Diese Revision anerkennt und konsolidiert die enormen Errungenschaften, welche in den letzten zwei Jahrzehnten im Feld entwickelt und erfolgreich umgesetzt wurden. Die Suchtproblematik in der Schweiz ist zu gravierend, um sie ignorieren oder mit Moral lösen zu können, wie dies die Gegner der Vorlage tun.

Drogenabhängigkeit stösst die Betroffenen und ihre Angehörigen in schwer vorstellbare Not. Es gibt jedoch Auswege aus der Sucht, und einer Mehrheit gelingt dieser Weg auch. Allein ist er jedoch kaum zu beschreiten. Es braucht dabei Unterstützung durch Fachleute und Angehörige. Und auch die Gesellschaft ist gefordert, die Menschenwürde der Drogenkranken zu respektieren und Betroffene in eine leichtere Zukunft zu begleiten.

Die Vier-Säulen-Politik ist das Fundament der Schweizer Drogenpolitik. Sie baut auf einer klugen Mischung aus Pragmatismus und Verantwortung. Diese ist heute im Alltag der Suchthilfe verankert und hat wichtige Fortschritte im Drogenbereich ermöglicht. Sie muss mit einem Ja zur Betäubungsmittelgesetzrevision gesichert werden.

Die Vier-Säulen-Politik ist eine seriöse Antwort auf eine komplexe Frage. Die koordinierte Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen hat sich über Jahre entwickeln müssen und steht heute auf einem gemeinsamen Fundament, das von Politik, Gesellschaft, Medizin, Polizei, Sozialarbeit und Betroffenen gemeinsam getragen wird. Diese gemeinsame Grundlage darf nicht gefährdet werden. Die Abstinenz bleibt das Ziel. Aber die Vier Säulen-Politik anerkennt, dass es verschiedene Wege und unterschiedlich schwierige und lange Etappen auf diesem Weg gibt.

Die Vier-Säulen-Politik ist ohne interdisziplinäres Zusammenwirken nicht machbar. Das revidierte Betäubungsmittelgesetz stärkt diese Zusammenarbeit. Davon profitieren nicht zuletzt auch neue Problemfelder der Suchtbehandlung (z.B. Glücksspielsucht).

Die Schweizer Drogenpolitik wird vor Ort umgesetzt. Diese Spielräume will auch die Betäubungsmittelgesetz-Revision nicht einengen. Der Respekt vor lokalen und regionalen Gegebenheiten war und ist schliesslich ein wichtiger Erfolgsfaktor in der Entwicklung der Vier-Säulen-Politik.

**Kontakt:** Jean-Félix Savary, 079 345 73 19